

Jenseits des Rubikon

Zum indo-pakistanischen Gipfel in Lahore

von Bernd Basting

Am 20. Februar trafen sich die Premierminister Indiens und Pakistans, Atal Behari Vajpayee und Nawaz Sharif, im pakistanischen Wagah und Lahore zu einem 32-stündigen Gipfel. Ein für den südasiatischen Subkontinent historisch zu nennendes Ereignis, liegt der letzte Besuch eines führenden indischen Politikers im islamischen Nachbarland doch beinahe zehn Jahre zurück: Im Juli 1989 waren Rajiv Gandhi und Benazir Bhutto am Rande eines SAARC-Gipfels in Islamabad zusammengelassen.

Damals kam der Inder — mangels einer offenen Landverbindung zwischen den beiden Staaten — mit dem Flugzeug. Vajpayee und seine 16-köpfige Delegation — darunter Tochter und Schwiegersohn, Filmstar Dev Anand, Außenminister Jaswant Singh und Punjabs Chefminister Parkash Badal — wählten stattdessen einen goldfarbenen Luxusbus als Transportmittel. Mit diesem fuhr man — begleitet vom großen Tam-Tam hunderter die Straße säumender und die indische Trikolore schwenkender Schulkinder und grell-bunt kostümierter 'Bhangra'-Tänzer - von Amritsar nach Wagah, also vom indischen in den pakistanischen Teil des Punjab.

Hinter den prompt geöffneten Eisentoren an der Grenze bei Wagah, der "Sir Radcliffe's Line", wurde Vajpayee von Sharif mit herzlicher Umarmung und 21 Salutschüssen empfangen. "Ein entscheidender Moment!" jubelte der indische Premier, und Sharif stimmte ein: "Das Eis ist gebrochen!" Pakistans Außenminister Sartaj Aziz freute sich: "Das läßt sich nicht mehr rückgängig machen. Wir haben den Rubikon überschritten!"

Zwanzig Minuten unterhielten sich die beiden mächtigsten Männer Südasiens — die politischen Führer eines Fünftels der Menschheit — in dem kleinen Grenzort, um dann mit einem Helikopter Richtung Lahore zu fliegen. Hier setzte man im 'Governor House' die Gespräche fort, hielt im Lahore Fort ein festliches Bankett ab und stattete dem 'Pakistan-Minarett' einen Besuch ab. Am Ort dieser 60 Meter hohen Eiffelturmimitation hatten 1940 Fazlul Haq und Mohammed Ali Jinnah die "Pakistan Resolution" formuliert und der 'Muslim Liga' zur Verabschiedung vorgelegt, womit die Idee des Staates Pakistan geboren und die Teilung Indiens besiegelt war. Dort versicherte nun Vajpayee seinen Gastgebern, daß



Das historische Zusammentreffen: Die indische Delegation bei ihrer Bus-Ankunft am indisch-pakistanischen Grenzübergang Wagah (Foto: 'Frontline')

ein stabiles und prosperierendes Pakistan im Interesse Indiens liege.

Die Dokumente

Am Ende des Gipfels stand die Verabschiedung dreier Dokumente, die die neue Basis für den kommenden bilateralen Dialog zwischen Delhi und Islamabad bilden: Die "Lahore-Deklaration", die "Gemeinsame Erklärung" und das 'Memorandum des gegenseitigen Verstehens' ("Memorandum of Understanding", MoU). Die "Lahore-Deklaration" definiert die Grundprinzipien der künftigen indo-pakistanischen Beziehungen. Die Regierungschefs bringen darin zum Ausdruck, daß:

- sie die Vision von Frieden und Stabilität und von Fortschritt und Wohlfahrt für ihre beiden Nationen teilen;

- sie überzeugt sind, daß dauerhafter Friede, die Entwicklung einer harmonischen Beziehung untereinander sowie eine freundschaftliche Zusammenarbeit den vitalen Interessen ihrer beiden Völker entsprechen und dadurch ihre Potentiale zum Aufbau einer besseren Zukunft gestärkt würden;

- ihnen bewußt ist, daß die neue nukleare Dimension in ihrem gemeinsamen Sicherheitsumfeld den beiden Staaten eine gesteigerte Verantwortung zur Konfliktverhinderung zuweist;

- sie sich beide den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den Regeln der friedlichen Koexistenz verpflichtet fühlen;

- sie bekräftigen, daß 1972 vereinbarte "Simla-Abkommen" in Buchstabe und Geist zu implementieren.

Zudem betonen die Regierungschefs darin ihre Absicht, die Bemühungen zu intensivieren, alle noch ausstehenden bilateralen Probleme zu lösen "einschließlich des Problems von Jammu und Kashmir (!); sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Anderen einzumischen; das Risiko eines ungewollten atomaren Konfliktes zu minimieren und schließlich "Konzepte vertrauensbildender Maßnahmen im nuklearen sowie konventionellen Bereich" zu entwickeln, um die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung einzudämmen.

Die "Gemeinsame Erklärung" fokussiert die Gestaltung der bilateralen Beziehungen ebenso, wie die der regionalen Kooperation innerhalb der südasiatischen Staatengemeinschaft SAARC und Themen der internationalen Politik. Zudem vereinbarte man periodische Treffen der Außenminister: "Die Außenminister unserer beiden Staaten werden sich regelmäßig treffen, um alle Themen von beiderseitigem Interesse zu diskutieren, einschließlich solcher, die nuklear-bezogen sind." Die jeweiligen Positionen sollen miteinander koordiniert und Konsultationen abgehalten werden, u.a. um "das derzeitige Visa- und Reise-Regime zu liberalisieren." Zwischen Delhi und Lahore wird ab sofort eine ständige Busverbindung eingerichtet.

Das von den Außenministern Sartaj Aziz und Jaswant Singh signierte "Memorandum des gegenseitigen Verstehens" akzentuiert noch konkreter die Sicherheitsdimension der indo-pakistanischen Beziehungen, insbesondere ihre nuklearen Aspekte: "Die beiden Seiten sollen sich engagieren im Hinblick auf Konsultationen zur gemeinsamen Erarbeitung von Sicherheitskonzepten und Nuklear-Doktrinen, um vor deren Hintergrund vertrauensbildende Maßnahmen im nuklearen wie konventionellen Bereich zu entwickeln und künftige Konflikte zu verhindern."

Ein intensiver Kommunikationsprozeß in sicherheitspolitischen Fragen im allgemeinen sowie ein kontinuierlicher Informationsaustausch über Raketentests im besonderen sollen institutionalisiert werden, damit "die Risiken eines ungewollten oder unautorisierten Einsatzes atomarer Waffen unter gegenseitige Kontrolle gestellt wird." Beide Seiten geloben, sich im Fall eines derartigen "Unfalls" schnellstmöglich zu informieren, damit ein Atomkrieg vermieden werde. Geplant

ist die Konstituierung von Expertenausschüssen, die bereits bis Mitte dieses Jahres inhaltliche Vorschläge erarbeiten sollen für bilaterale Abkommen über "Konsultationen im Sicherheits-, Abrüstungs- und Nichtverbreitungsbereich, die im Kontext von Verhandlungen in multilateralen Foren verabschiedet werden sollen". Beide Seiten stimmen zudem darin überein, zu einer baldigen Vereinbarung zur Verhinderung von militärischen Zwischenfällen auf See und in der Luft kommen zu wollen und die Realisierung vertrauensbildender Maßnahmen sicherzustellen.

Die Essenz

Wie sind die Ergebnisse der "Bus-Diplomatie" einzuschätzen? Sind in Wagah und Lahore essentielle Schritte zum Frieden in Südasiens gemacht worden oder war es nur eine theatralische Polit-Show ohne reale Folgen für eine Verbesserung der lange feindlichen Beziehungen zwischen Delhi und Islamabad?

Um das Ereignis richtig einzuordnen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die beiden Länder seit 1947 bereits drei Kriege miteinander ausgefochten haben, zwei um Kashmir und der letzte um die Konstituierung des Staates Bangladesch; daß noch vor einem knappen Jahr im indischen Pokhran und pakistanischen Chagai Atombomben gezündet worden waren, die die Region Südasiens nuklearisiert haben und die Zeichen auf gegenseitige Bedrohung und waffenstarrende Abschreckung setzten. Eine neue Eiszeit auf dem Subkontinent schien angebrochen und das Damoklesschwert eines Atomkrieges hing düster über der Region.

Die atmosphärische Kälte und Ergebnislosigkeit des Gesprächs zwischen Sharif und Vajpayee im Juli 1998, während des SAARC-Gipfels in Colombo - das "Zero-Meeting", wie ersterer es bezeichnete — erstickte denn auch zunächst jede Hoffnung auf Entspannung, bis dann im September auf der UN-Vollversammlung in New York die beiden Regierungschefs doch unerwartet ein Treffen auf offizieller Ebene beschlossen und so den Weg nach Wagah ebneten. Der künftige indo-pakistanische Dialog sollte unter der Formel "Zwei plus Sechs" geführt werden, was bedeutet: Kashmir und die Frage von Sicherheit und Frieden in der Region sollten abgekoppelt werden von der Thematisierung der sechs übrigen Haupt-Streitfragen zwischen Delhi und Islamabad. Dies stellte bereits eine erste Abkehr von der bis dato konsequent eingenommenen Haltung Pakistans dar, Kashmir die Rolle des zentralen Verhandlungsthemas zuzuschreiben, ohne dessen Lösung Gespräche über andere kontroverse Fragen nicht möglich sein sollten. Trotz der dann wieder enttäuschenden Verhandlungen der Außenstaatssekretäre im November über Handelserleichterungen - statt der geplanten Importliberalisierung für Hunderte von Gütern, einigte man sich auf nur 18 - , war damit der Weg nach Wagah geebnet.

Gerade vor dem Hintergrund der letztjährigen Renaissance des Kalten Krieges und des Menetekels eines nuklear ausgetragenen Konflikts in der Region ist das Februar-Treffen auf pakistanischem Boden als bedeutend und als positiver Schritt zu einer potentiell nachhaltigen Detente auf dem Subkontinent zu bewerten.

Der Fortschritt in den bilateralen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan dokumentierte sich auf dem jüngsten Gipfel in seinen symbolischen Gesten wie in der Substanz der zukunftsorientierten gemeinsamen Vereinbarungen:

Da gab es herzliche Umarmungen, wo vorher buchstäblich die kalte Schulter gezeigt wurde, eine offene Grenze und respektvoll-begrüßende Salutschüsse, statt abweisend-verschlossener Tore; am Geburtsort der Idee der Staatsgründung Pakistans sowie der Teilung Indiens — am zum Gedenken daran gebauten "Pakistan-Minarett" von Lahore — aus dem Mund des indischen Gastes freundliche Worte des Akzeptie-

rens der in Delhi lange nicht tolerierten Realität der Existenz eines Landes Pakistan; intensive Gespräche mit dem spürbar ernsthaften Willen zur Entspannung, statt Kommunikationsverweigerung oder diplomatisch-unverbindliches Wortgeplänkel.

Was die inhaltliche Dimension angeht, so bieten die drei verabschiedeten Dokumente eine zukunftsfähige Grundlage zur Initiierung und Perpetuierung eines dauerhaften Entspannungs-Prozesses: Erstmals machte Islamabad eine Lösung der Kashmir-Frage nicht mehr zur Voraussetzung von Verhandlungen über andere bilateral relevante Fragen, wie Sicherheits- oder Wirtschafts- und Handelspolitik. Der von beiden Ländern im vergangenen Jahr erbrachte Nachweis atomarer Angriffsfähigkeit kann nun — ähnlich wie vorher in Europa — zu einer verbesserten bilateralen Kommunikation in Sicherheitsfragen und zu koordinierten und substantiellen Abrüstungsschritten in der Region führen.

Eine lange verweigerte, überfällige Institutionalisierung von regelmäßigen Konsultationen auf hoher politischer Ebene hat man nun durch den Beschluß periodischer Außenministertreffen realisiert.

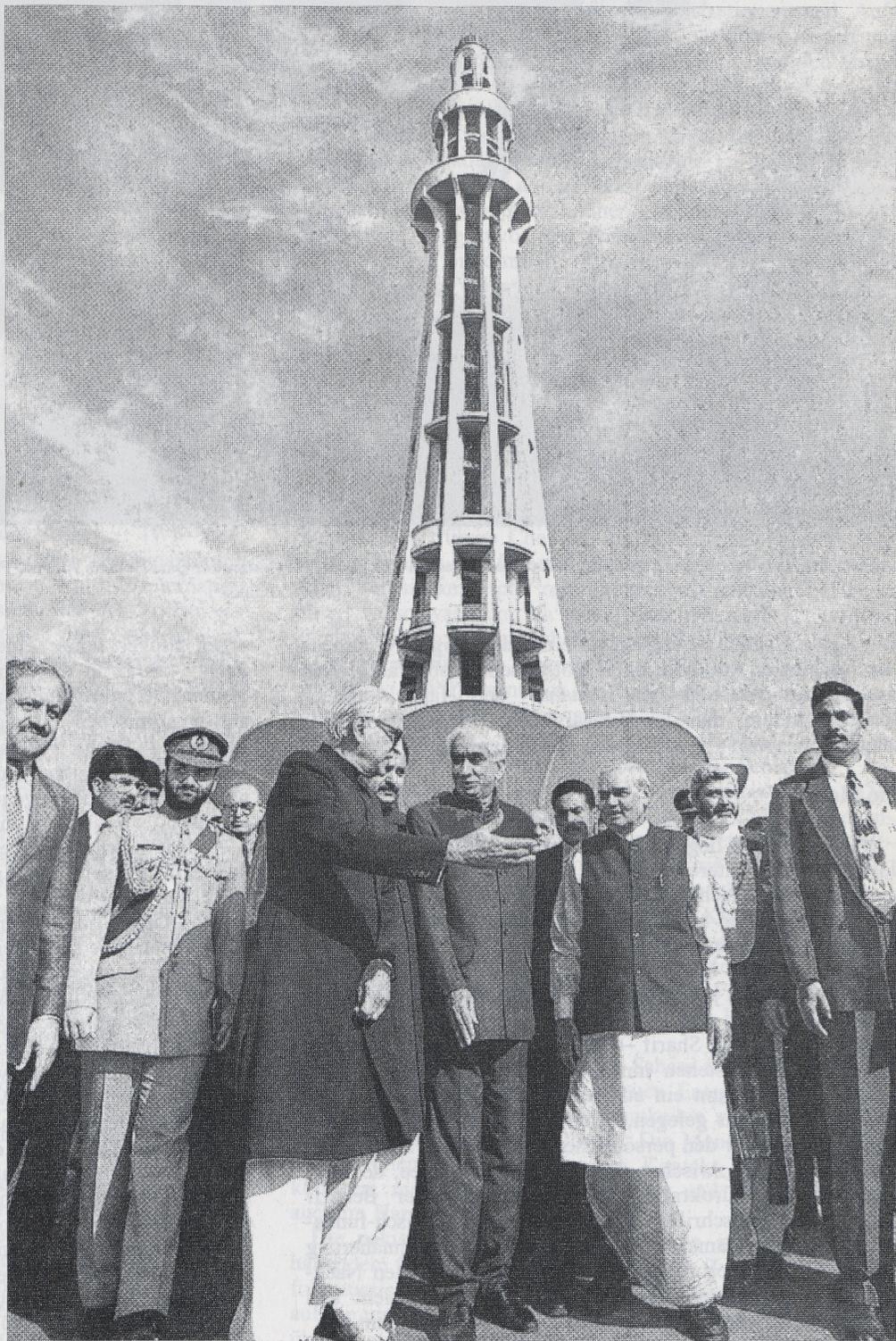
Mit der Etablierung einer permanenten Buslinie zwischen Delhi und Lahore wurde endlich eine offene Landstraßenverbindung zwischen beiden Ländern geschaffen. Bislang war Personenverkehr nur mittels Flugzeug oder Zug möglich. Das erleichtert künftig Verwandtschaftsbesuche und den persönlichen Kontakt zwischen den Angehörigen beider Bevölkerungen.

Auch die Revitalisierung der Absicht, das "Simla-Abkommen" in Buchstabe und Geist zu verwirklichen ist — sofern sie nicht reines Lippenbekenntnis bleibt — ein überraschender diplomatischer Durchbruch. Dieses Abkommen war 1972 signiert worden, nachdem Pakistan durch einen Krieg, bei dem Indien (unter Indira Gandhi) auf der Gegenseite stand, seinen Ost-Teil mit der Gründung des Staates Bangladesh verloren hatte. Der Vertrag sah vor, strittige Fragen betreffs Kashmir in bilateralen Verhandlungen zu lösen und legte die "Kontrolllinie" fest, die bis heute Kashmir trennt. Seitdem wird beinahe täglich entlang der Grenze geschossen. Seit Ende der achtziger Jahre führen zudem muslimische Rebellen einen Untergrundkrieg gegen indische Streitkräfte in der Konfliktregion und erweiterten den indo-pakistanischen Antagonismus um einen Bürgerkrieg.

Jener Punkt der "Lahore-Deklaration", der Kashmir im Kontext bilateralen Verhandlungen nennt, bedeutet eine Aufgabe der bislang

von Islamabad gebetsmühlenartig vertretenen Position, die Kashmir-Frage sei ausschließlich in multilateralen Foren, sprich: unter Hinzuziehung der Vereinten Nationen beziehungsweise der USA, einer Lösung zuzuführen. Bestärkt wurde man darin, wenn auch ungefragt, durch den indischen Außenminister Jaswant Singh, der, in Anspielung auf die ausgeprägte Verwandtschaft von Hindi und Urdu, noch einmal bekräftigte: "Wir brauchen keine Interpreten, wir verstehen die Sprache des anderen!"

Der in den Deklarationen formulierte Fokus auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen bilateraler Sicherheits-, Nuklear- und Abrüstungspolitik sowie Wirtschaft und Handel eröffnet beiden Ländern eine Vielzahl von bisher brachliegenden Möglichkeiten künftigen gemeinsamen Agierens zum gegenseitigen Nutzen. Nicht zuletzt der bilate-



Indiens Premier Vajpayee besuchte auch das Pakistan-Minarett in Lahore (Foto: 'Gulf News')



Einer der Hauptwortführer gegen den Besuch der indischen Delegation in Pakistan war Qazi Hussain Ahmed, Führer der islamistischen 'Jamaat-e Islami' (Foto: 'Outlook')

rale legale Handel ist angesichts eines derzeitigen Volumens von marginalen 160 Millionen Dollar sehr ausbaufähig. Aus Kreisen der pakistanischen Industrie- und Handelskammer verläutet zudem, daß der Schwarzhandel hingegen ein Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Dollar umfaßt.

Die Motive

Welche Motive liegen dem durch den und auf dem Gipfel dokumentierten Interesse Indiens und Pakistans an einer Entspannung der Beziehungen zugrunde? Welche Antriebsfaktoren bestimmen den augenfälligen Bewußtseinswandel bei den politischen Eliten in Delhi und Islamabad?

Nimmt man die Motivstruktur auf der Mikroebene in den Blick, zeigen sich jeweils sowohl interne wie externe Determinanten:

Ob Vajpayee oder Sharif — beide Premierminister und ihre Administrationen stehen innenpolitisch unter einem starken Druck. Ihnen kommt ein außenpolitischer Erfolg zum jetzigen Zeitpunkt sehr gelegen, scheint er doch beinahe überlebensnotwendig für den persönlichen Machterhalt: Sharif sieht sich eingeklemmt zwischen den Fronten der Armee, des Präsidenten, der Bürokratie, der Opposition unter Benazir Bhutto und der schrillen Propaganda der islamisch-fundamentalistischen 'Jamaat-e-Islami', die jedwede Annäherung an den oder Kompromisse mit dem großen indischen Nachbarn als Ausverkauf pakistanischer Interessen ansieht und eine Verbesserung des Verhältnisses entschieden ablehnt.

Vajpayee seinerseits muß den radikalen hindu-nationalisti-

schen Flügel seiner eigenen Partei, der 'Bharatiya Janata Party' - BJP, in die Schranken weisen und einen überzeugenden, vernunftgeleiteten außenpolitischen Kontrapunkt zur anti-muslimischen Propaganda der chauvinistischen Hindu-Bewegung 'Sangh Parivar' setzen. Durch erfolgreiches außenpolitisches Agieren kann er sowohl von den Rankünen innerhalb seiner heterogenen 18-Parteien-Regierungskoalition ablenken, wie auch, zumindest zeitweilig, die innerindische Mediendominanz zurückerobern, die während der vergangenen zwölf Monate, seit Erscheinen Sonia Gandhis auf der öffentlichen politischen Bühne, stark von der 'Congress'—Opposition bestimmt worden ist. Darüberhinaus liegt es im innen- wie außengerichteten Interesse Vajpayees, angesichts der jüngsten militanten Ausschreitungen gegen Angehörige der christlichen Minderheit in seinem Land einmal wieder für positive Schlagzeilen für Indien zu sorgen.

Die humanitären wie sozio-ökonomischen Kosten des Kashmir-Konfliktes sind inzwischen für beide Länder unerträglich geworden. 60.000 Menschen fielen binnen der letzten zehn Jahre den gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Region zum Opfer, und das Morden geht weiter. Delhi hat 600.000 Offiziere, Soldaten, Paramilitärs und Grenzpolizisten in Kashmir stationiert. Pakistan unterhält ebenfalls schwer bewaffnete Truppen am Siachen-Gletscher und entlang der 'Kontrolllinie' und finanziert eine Muslim-Guerilla. Die Staatshaushalte werden durch die Fortführung des Konfliktes über alle Maßen strapaziert, beide Seiten müssen täglich mehrere Millionen Dollar dafür aufbringen. Dabei sieht die aktuelle wirtschaftspolitische Situation in Indien wie Pa-

kistan düster aus und entwickelt sich zunehmend in Richtung einer schweren Rezession: Alle relevanten Wirtschaftsindikatoren zeigen tendenziell nach unten, wie überhaupt die Entwicklungsbilanz des Subkontinents — über 50 Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit — ernüchternd ausfällt: Nirgendwo auf unserem Planeten gibt es so viele Hungernde, Unterernährte, Unbehauste, Slumbewohner, Analphabeten, gesundheitlich Unterversorgte und früh sterbende Kinder wie in der Region Südasiens, wo ein Fünftel der Menschheit lebt. Dieses Fünftel verfügt nur über wenig mehr als ein Prozent (!) des weltweiten Bruttosozialproduktes. Doch auf einen Arzt kommen in Indien und Pakistan sechs Soldaten.

Die Schaffung einer Friedensdividende — durch Abrüstung und Demilitarisierung freiwerdende Beträge für den zivilen Sektor — gerät somit für beide Länder zu einer schlichten Existenzfrage, die sie an den Verhandlungstisch treibt. Denn die Beseitigung der unsäglichen Massenarmut und die Verwirklichung von Wohlfahrt und Bildung für breite Bevölkerungsschichten sind die primären Zukunftsaufgaben des Subkontinents, die nur in einer gewaltfreien befriedeten Umwelt angegangen werden können.

Für die gewachsene Entspannungs-Bereitschaft der politischen Akteure in Delhi und Islamabad spielen auch externe Stimulanz-Faktoren eine Rolle:

Beide Nationen werden von der internationalen Staatengemeinschaft, von den USA im besonderen, gedrängt, die bevölkerungsreichste Weltregion zu demilitarisieren, dem internationalen Atomteststoppabkommen ('Comprehensive Test Ban Treaty', CTBT) von 1996 beizutreten und den Atomwaffensperrvertrag ('Nuclear Non-Proliferation Treaty', NPT) von 1970 zu unterzeichnen.

Washington hatte nach den Atomtests im Mai 1998 harsche Wirtschaftssanktionen verhängt, die sich auf die ökonomische Situation Indiens wie Pakistans spürbar und zunehmend negativ auswirken. Auch andere Geberstaaten, z.B. Deutschland (300 Millionen DM), und internationale Finanzinstitutionen wie 'Internationaler Währungsfond' - IWF und 'Weltbank' froren Gelder ein, halten Kredite und Finanzhilfe zurück. Delhi und Islamabad bekommen von der internationalen Öffentlichkeit deutlich signalisiert, daß der Aufbau eines kooperativen Sicherheitssystems auf dem Subkontinent von ihnen als eine 'conditio sine qua non' betrachtet wird, um eine finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen USA/Europa und Südasiens wiederzubeleben.

Da Indien wie Pakistan im Hinblick auf ihre künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Modernisierung ihrer Volkswirtschaften und Gesellschaften auf üppige externe Transfers angewiesen sind, ist es für sie von vitalem Interesse, den internationalen Erwartungen zu entsprechen. So liest man im "Memorandum des gegenseitigen Verständens" Passagen, die eine augenfällige Konzession an Forderungen Washingtons darstellen, vor allem da, wo von Moratorien für Atomtests und von der Intention, internationalen Kontroll-Regimen beizutreten, die Rede ist.

Delhi bemüht sich ohnehin, für seinen seit einem Jahrzehnt nicht mehr existenten traditionellen Verbündeten Sowjetunion respektive nun für das schwache Rußland adäquate Nachfolgepartner zu finden. Einer dieser Partner soll in Zukunft Washington sein. Überdies fürchtet man indischerseits, daß bei einer Fortsetzung des indo-pakistanischen Antagonismus der muslimische Nachbar immer stärker in die Arme der VR China getrieben würde. In diesem Zusammenhang mutet es denn auch wie ein von Pakistan lancierter "Wink mit dem Zaunpfahl" an, daß just und "zufällig" am selben Tag, als der indische Regierungschef mit seinem pakistanischen Amtskollegen in Lahore konferierte, sich der chinesische Verteidigungsminister Chi als offizieller Gast von Außenminister Aziz in Islamabad aufhielt und dort die sino-pakistanische Kooperation auf militärischem Gebiet in den

höchsten Tönen loben durfte.

Pakistan seinerseits würde es mittel- bis langfristig wohl auch vorziehen, durch einen erfolgreichen Friedens- und Entspannungsprozeß mit Indien die verteidigungspolitische Abhängigkeit von Peking zu mindern.

Die Reaktionen

Welche Reaktionen löste der Gipfel in Indien und Pakistan aus?

Die fundamentalistisch-nationalistisch orientierten Organisationen und Parteien in beiden Staaten standen dem Treffen der Premierminister rollengerecht skeptisch bis feindlich gegenüber. In Pakistan erklärte die 'Jamaat-e-Islami' den 20. Februar, also den ersten Besuchstag Vajpayees, zu einem "Schwarzen Tag" und rief zu Demonstrationen und Aufmärschen auf den Straßen Lahores auf, an denen jedoch nur wenige hundert Menschen teilnahmen. Aber es wurden Steine geworfen, Fenster eingeschmissen, Fahrzeuge demoliert, Kaufleute gezwungen, ihre Geschäfte geschlossen zu halten und Passanten zusammengeschlagen. Der von der radikalen Islam-Partei fanatisierte Mob beherrschte an diesem Tag einige Straßenzüge in Lahore, indes ohne eine Massenanhängerschaft mobilisieren zu können. Letzteres war eigentlich das wenige Tage zuvor von Parteiführer Qazi Hussain Ahmed öffentlich proklamierte Ziel gewesen: "Wir werden gegen den Besuch Vajpayees Widerstand leisten, indem wir im ganzen Land die Massen mobilisieren!" Kleinere rechtsgerichtete Islam-Parteien wie die 'Tehreek-e-Insaaf' des früheren Cricket-Spielers Imran Khan oder die 'Millat' des geschäftigen Ex-Präsidenten Farooq Leghari stimmten in diesen Anti-Dentente-Chor lautstark ein, vor allem mit dem Hinweis auf die Nutzlosigkeit der Zusammenkunft in puncto Kashmir.

Zeigte sich bei den "Falken" verbohrt-dogmatische Ablehnung der Entspannungspolitik, stößt diese bei gemäßigeren ehemaligen oder aktuellen Politikakteuren immerhin auf Skepsis: Der frühere Chef des einflußreichen pakistanischen Geheimdienstes ISI, General Hamid Gul, sieht das pakistanische Interesse am Gipfel rein ökonomisch motiviert: "Nawaz Sharif ist schwach und da er ein Geschäftsmann ist, will er damit den zwischenstaatlichen Handel aktivieren."

Oppositionsführerin Benazir Bhutto von der 'Pakistan Peoples Party' (PPP) warnt vor übertriebenen Hoffnungen in die Gipfel-Ergebnisse: "Ich erwarte nicht viel von den Gesprächen. Der neue Bus-Service (zwischen Delhi und Lahore) ist zum Beispiel nicht mehr als ein kosmetischer Schritt."

Außenstaatssekretär a.D. Tanvir Ahmed Khan meint: "Der Erfolg wird hauptsächlich davon abhängen, ob die gegenwärtige positive Stimmung auch in konkrete Politik umgesetzt werden kann, denn gerade für Sharif ist es innenpolitisch wichtig, einen Erfolg präsentieren zu können."

Der pakistanische Indien-Experte Prof. Khalid Mahmud ist überzeugt: "Kein anderer indischer Premierminister als Vajpayee — auch nicht der als liberal bezeichnete Gujral — hätte sich getraut, einen Oliven-Zweig des Friedens Richtung Pakistan auszustrecken, aus Angst vor den Hindutva-Anhängern!"

Der renommierte Autor Bhishm Sahani freut sich: "Ich begrüße von ganzem Herzen die neuen Entspannungs-Initiativen. Denn es gibt soviel Gemeinsamkeiten zwischen uns: Die Sprache, Geschichte und Kultur... Die Menschen auf beiden Seiten sollen jetzt einen engeren Kontakt miteinander bekommen, nicht nur im Bereich Sport und Kultur, sondern auch im Handel."

Die pakistanischen Medien schwanken zwischen zurückhaltendem Optimismus und ausgeprägtem Zweifel an den Erfolgsaussichten des Gipfels. Letzere Haltung, die vorrangig auf die ungelöste Kashmir-Frage abhebt, repräsentiert für die überwiegende veröffentlichte Meinung beispielhaft das eng-



Vielleicht werden die vom Karikaturisten dargestellten Hindernisse bald überwunden sein? (aus: 'Himal')

lischsprachige Nachrichtenmagazin 'The Herald': "Trotz der Bus-Diplomatie ist kein Kompromiß in Sachen Kashmir in Sicht. Die Differenzen bleiben tief und fundamental... Selbst wenn man einräumt, daß frühere pakistanische Regierungen eine konsequente Haltung in Sachen Kashmir eingenommen haben, so muß man feststellen, daß auch die indische Seite keinerlei Kompromißanstrengungen unternommen hat. Ihre besondere Art von Nationalismus wurde oft zum Stolperstein eines Entspannungsfortschritts."

Die Zeitung 'The News' meint: "Das vielleicht konkreteste, wenn auch bescheidenste Ergebnis des Gipfels ist die Vereinbarung über die Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen. Beide Seiten haben verabredet, sich intensiver als bisher gegenseitig über ihre Raketentests zu unterrichten." Die urdusprachige Presse verbreitete in der Regel ein noch skeptischeres Meinungsbild.

Auch in Indien setzten die hindu-nationalistischen Organisationen und Parteien der 'Sangh Parivar' ihre Propaganda-Maschinerie gegen die diplomatische Offensive Vajpayees und Sharifs mit Verve in Gang. Die 'Bharatiya Yuva Kramti Dal' (BYKD) schickte vor dem Gipfel ein Memorandum an den Premierminister, in dem ihm zu bedenken gegeben wird, daß Pakistan auf der Basis von "Haß und Kommunalismus" gegründet worden, und das die "künstliche Teilung" Indiens mit dem Blut Tausender unschuldig massakrierter Hindus zustande gekommen sei. Zudem wurde der pakistanische Geheimdienst ISI in Indien für die Ausbreitung von Terrorismus, Separatismus und öffentlichen Unruhen. Vajpayee wird ermahnt: "Wenn Sie im Spiegel dieser Fakten die Hand der Freundschaft nach Pakistan ausstrecken, dann vergessen Sie nicht das alte Sanskrit-Wort "shathyam samacharet" (Auge um Auge)!"

Die RSS ('Nationaler Freiwilligen-Bund') riet dem Regierungschef, in Lahore kein "soft-talking" zu betreiben, sondern die "wahren Themen" anzusprechen — gemeint ist Kashmir.

Der VHP ('Weltrat der Hindus')-Funktionär Acharya Dharmendra verstieg sich sogar zu der Aufforderung: "Fahr nach Pakistan, wenn Du mußt; aber nicht mit dem Bus. Fahr mit dem Panzer und nimm die Pokhran-Bomben mit!" Obwohl sich VHP-Führer Ashok Singhal im Namen seiner Or-

ganisation beeilte, sich von Acharyas Äußerung zu distanzieren, entlarvt diese doch auf frappierende Weise die ideologisierte, gewaltbereite und jede Diskussion über einen richtigen außenpolitischen Weg im Keim erstickende Radikalität, die — zumindest partiell — von Vertretern der hindu-nationalen Bewegung in Indien an den Tag gelegt wird.

Die mächtigste Oppositionspartei, der 'Congress' unter Sonia Gandhi, bemühte sich, die Bedeutung des Ereignisses wie die potentielle Nachhaltigkeit seiner Wirkungen herunterzuspielen.

Andere Parteien, vornehmlich kleinere Regionalparteien, sogar solche der Regierungskoalition, versuchten Vajpayee nach seiner Rückkehr schnell wieder mit innenpolitischen Problemen zu konfrontieren, z.B. die Bihar-Krise oder das unter negativen ökonomischen Vorzeichen begonnene neue Haushalts-Jahr. Sie kritisierten das innenpolitisch inkonsequente Agieren des Premiers, um damit seinen außenpolitischen Erfolg zu diskreditieren und schnell in Vergessenheit geraten zu lassen.

Aus Regierungskreisen in Delhi verlautete in Bezug auf die Lahore-Deklaration hingegen: "Das ist das wichtigste Dokument, das Indien und Pakistan seit Simla im Jahr 1972 unterzeichnet haben. Zum ersten Mal wird ein Kurs für die kommenden Jahre festgelegt."

Auch die indischen Medien betonten in ihrer Mehrzahl die positiven Aspekte der "Bus-Diplomatie". Der staatliche Fernsehkanal 'Doordashan' übertrug live nahezu jede Minute des Gipfels. Die indische Presse scheute sich nicht, die Fahrt ins Lager des Feindes mit den Reisen Nixons nach China und Sadats nach Israel zu vergleichen. So akzentuiert die 'Hindustan Times' die Vorzüge der neuen Vereinbarungen, insbesondere was die neuen Kommunikationsinstrumente in puncto Nukleartests und Rüstungsmaßnahmen angeht.

Die 'Sunday Times' spricht von einem "historischen Besuch" und das Nachrichtenmagazin 'Frontline' resümiert: "In Lahore haben die beiden Premierminister einen kleinen Schritt auf einer langen Reise unternommen. Ihren Administrationen obliegt die große Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, daß daraus nicht ein Ereignis in der Art "Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück" wird. Auch müssen noch die Falken auf beiden Seiten in die Schranken gewiesen werden."

'Outlook' titelt euphorischer: "Die Friedensfahrt" und 'India Today' glaubt, das Treffen der politischen Führer biete Anlaß "zur Hoffnung auf einen Neubeginn" der Beziehungen der beide lange als Gegner sich gegenüberstehenden Nachbarstaaten.

Ausblick

Trotz aller Euphorie: Der Kashmir-Konflikt ist mit dem jüngsten Gipfel noch nicht aus der Welt und wird die latente gegenseitige Aggression beider Staaten weiterhin auf unabsehbare Zeit wach halten. Ein dauerhafter Frieden wird wohl erst mit einer für beide Seiten akzeptablen Lösung desselben erreicht werden. Doch die Signale der Entspannung, der in Wagah und Lahore erkennbare Wille dazu, erhöhen die Chancen zu einer Verbesserung der Sicherheitssituation in Südasiens und damit zu einer Mehrung der Wohlfahrt beider Nationen durch Abrüstungsdividenden und profitable wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das machte die Bus-Reise Vajpayees lohnend. Zu einer Dynamisierung des Friedensprozesses gibt es ohnehin keine Alternative, soll der Subkontinent nicht in Krieg und Elend versinken.